

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit,
Technologie und Tourismus
des Landes Schleswig-Holstein
Referat VII 21 - EFRE-Verwaltungsbehörde
Düsternbrooker Weg 94
24105 Kiel

CyKlone Tidal Energy
UG (haftungsbeschränkt)
Am Altendeich 83
25348 Blomesche Wildnis

Email info@cyklone.earth
Web www.cyklone.earth

Per Kurierpost

Ebenso an
efre.schleswig-holstein@wimi.landsh.de
sebastian.wilckens@wimi.landsh.de
ala2@wimi.landsh.de
anja-verena.schmid@wimi.landsh.de
poststelle@wimi.landsh.de
Fax: 0431 988-4812

Blomesche Wildnis, den 23.10.2021

Stellungnahme zum OP EFRE 2021 - 2027

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihren Aufruf zur Bürgerbeteiligung.
Die Firma CyKlone Tidal Energy UG als in Schleswig-Holstein ansässiges KMU
möchte zu Ihrem Entwurf wie folgt Stellung nehmen.

Doping von ausgewählten Sportlern

Die internationale Energieagentur empfiehlt den sofortigen Stopp von Investitionen in fossile Infrastruktur. Für den COP26 steht die fossile Nonproliferation als mögliche internationale Vereinbarung auf der Agenda.

Wir gehen davon aus, dass die internationale Staatengemeinschaft nimmt wegen der zunehmend kritischen Lage des IPCC Ihre Klimaschutzziele ernst. Es wäre daher im Sinne des Narrativs des Landes Schleswig-Holstein schädlich für den Ruf, entgegen internationaler Positionierung Öl- und Gasprojekte weiter zu fördern.

Wir bitten um Überprüfung sämtlicher laufender Förderprojekte auf unzulässige Förderung im Hinblick auf das BVG Urteil zur Generationengerechtigkeit. Solche Förderung stände der internationalen Auffassung von wirksamem Klimaschutz entgegen und macht das OP EFRE 2021-2027 juristisch angreifbar.

Wir bitten um Überprüfung der Förderrichtlinien, um sicherzustellen dass keine fossilen Projekte aus EU Mitteln finanziert werden. Es ist nicht mehr konsistent zu begründen, wie solche Projekte, die sich selbst finanzieren können müssten, durch Steuermittel einen Beitrag zum Klimaschutz im Vergleich zu erneuerbaren Energien leisten könnten. Diese Vorhaben wären durch unabhängige Studien anerkannter Umweltinstitute zu überprüfen und zu rechtfertigen. Die Projekte wären internationaler Kritik und Überprüfung ausgesetzt. Abweichungen wären sehr rufschädigend für das internationale Ansehen der Region.

Dies gilt insbesondere für Projekte im Bereich blauer Wasserstoff aus fossilen Quellen im Gegensatz zu zweifelsfrei grünem Wasserstoff. Wir verweisen auf die wissenschaftliche Studienlage um die *Cornell/Stanford Studie von Robert W. Howarth und Mark Z. Jacobson "How green is blue Hydrogen?" DOI: 10.1002/ese3.956 vom 28. April 2021.*

Wir fordern, dies auf der aktuellen Studienlage zu tun und den internationalen Fokus auf das Thema aus wissenschaftlicher Sicht anzuerkennen. Ebenso fordern wir, nicht ausschließlich auf Gefälligkeitsgutachten und Informationsmaterial aus Quellen der Branche abzustellen und seriöse Quellen zur Entscheidungsgrundlage zu machen.

Wir fordern dazu auf, internationale Entwicklungen, wie die Entscheidung des weltweit größten Reeders A.P. Møller - Maersk für grünes Methanol als flexible Dual Fuel Lösungen in der Containerschifffahrt zur Kenntnis zu nehmen. Das Land Schleswig-Holstein läuft Gefahr hier in ganzen Branchen massiv Steuergelder auf LPG und LNG aus fossilen Quellen zu setzen, ohne die wissenschaftlichen Einwände zu Methan Leckage aus unabhängigen Quellen ausreichend zu würdigen.

Das Vorgehen widerspricht dem ursprünglichen Ansatz der Energiewende in Schleswig-Holstein nahezu vollständig und kehrt ihn um.

Es handelt sich um nichts weiter als Griffe in die Fördermittel Kasse für Doping politisch ausgewählte Spieler. Die politische Entscheidung trifft hier aber nicht mehr die gewählte Landesregierung alleine, sondern Industrieverbände mit 49% Anteil an der teilprivatisierten Verwaltung. Verbandsstrukturen, in denen fossile Hamburger Konzerne, wie Wintershall DEA und Saso, und Verwaltungen anderer Bundesländer Mitglieder sind. Wir bitten um Stellungnahme zur Rechtfertigung der Teilhabe.

Die 51% unter Verwaltung des Finanzministerium wirken auf uns abwesend und überlastet, soweit das wir zum fachlichem Handeln mangels Erreichbarkeit hier nicht mal Stellung nehmen können. Damit regieren effektiv Verbände über Fördermittel sowohl in Forschung als auch Wissenschaft..

Aussichtsreiche Forschungsfelder in der Meeresenergie, ohne Sponsoren in Wirtschaftsverbänden, werden im Gegensatz zu Öl- und Gas vernachlässigt.

Es kommt zu Situationen, in der einzelne Projekte in der Frühphase an derselben Hochschule extrem stark unterschiedlich gefördert werden. Das passiert im

Gegensatz zur allgemeinen wissenschaftlichen Auffassung zu den Potentialen für die CO₂ Einsparung beider Technologien innerhalb der verschiedenen Fachbereiche dieser Hochschule. Es lassen sich viele unerwünschte Projekte identifizieren.

Unter Berücksichtigung der von der FH Kiel zum Thema Gezeitenenergie zur Anwendung in Strömungen von 1,5 m/s erbrachten Ergebnisse, sind Wellen- und Gezeitenkraftwerke in der Energiewendepolitik des Landes Schleswig-Holstein mindestens gleich zu behandeln. Wegen der besseren technischen Skalierung von Rotationsmaschinen wie Turbinen gegenüber Linearmaschinen, ist nach allgemeiner wissenschaftlicher Auffassung Gezeitenenergie stets besser zu stellen.

Eine Bevorzugung einer Technologie und Behinderung einer anderen auf Grundlage von Branchenverbänden beeinflusster Forschung, stellt aus unserer Sicht und Gesamtschau der uns vorliegenden Unterlagen, mindestens eines von Branchenverbänden installierter Filter für bestimmte aussichtsreiche Technologien und schwerer Eingriff in die Integrität von universitärer Forschung des Landes dar.

Wir fordern auf, dies transparent unabhängig überprüfen zu lassen.

Unsere Forderungen

- Auflösung der teilprivatisierten Fördermittelverwaltung WTSH
- Rückgabe der Fördermittelvergabe in staatliche Hand
- Verwaltung in den zuständigen Ressorts der Ministerien
- Wahrung des Ruf von unabhängiger Wissenschaft und Forschung der Universitäten des Landes.
- Ausräumen jeglicher Zweifel an der Unabhängigkeit durch entsprechende Mittelausstattung und neutrale Unterstützung bei der Beantragung von Fördermitteln.
- Entflechtung der universitären Forschung von Mitteln aus der Wirtschaft und die konsequente Wiederherstellung freier und unabhängiger Forschung als verlässlicher Berater für die Landesregierung.
- Stärkung der finanziellen und personellen Ausstattung der Universitäten zur Aufnahme verstärkter unabhängiger wissenschaftlichen Arbeit, um schneller zu Klimaschutzthemen neutral Stellung nehmen zu können
- Gezeitenenergie auf der erbrachten wissenschaftlichen Basis der FH Kiel mindestens der Wellenenergie gleichzustellen. Wir fordern beide Ansätze, den CO₂ Einsparungspotentialen entsprechend, als Schlüsseltechnologien für ein Küstenbundesland mit maritimer Wirtschaft mit den Forderungen des IPCC

nach sofortigem Handeln entsprechend mit extrem hoher Priorität stark zu fördern.

- Wir fordern Gasprojekte mit auf Basis der aktuellen Studienlage stark in Zweifel stehendem CO₂ Reduktionspotential, eventuell sogar negativer CO₂ Bilanz durch Methan Leckage, und vermutlichen unwirtschaftlichen Kosten, in der Priorität deutlich hinter Wellen- und Gezeitenenergie als den 2 großen unerschlossenen Potenzialen für erneuerbare Energie in der Region, wissenschaftlich korrekt einzuordnen. Wir verlangen Prioritäten beim Klimaschutz ausschließlich an unabhängig von Finanzmitteln der Industrie- und Verbänden erbrachten Ergebnissen auszurichten.
- Wir fordern eine schnelle, systematische und neutrale Überprüfung der Unabhängigkeit wissenschaftlicher Forschung.
- Wir fordern, 50% der universitäten Forschung und Arbeitszeit des Spitzenpersonals und ihrer Mitarbeiter von jeglichem Zwang zur Zusammenarbeit mit der Industrie zu befreien und freie Forschung und Wissenschaft dadurch zu stärken.
- Wir verlangen sowohl die staatliche Verwaltung, die Teilprivatisierung als Wissenschaft und Forschung konsequent von der Unterwanderung durch wirtschaftliche Interessen von Unternehmensverbänden und deren Mitglieder zu befreien. Die aus Steuermitteln bezahlte Wissenschaft muss, ebenso wie die Verwaltung, ausschließlich den Interessen der Bürger des Landes dienen und frei von Zweifel aufgestellt sein. Diese Aufstellung ist zu prüfen, bevor EFRE Mittel Projekten zugeteilt werden..

Für das Land ergibt sich aus den o.g. Missständen die Verpflichtung, die Loyalität sämtlicher Unternehmens- und Wirtschaftsverbände, Cluster und der teilprivatisierten Akteure gegenüber den Landesinteressen bei seinen Klimaschutzzielen offen in Frage zu stellen.

Der IPCC verlangt dringendes und unverzügliche und wirksame Maßnahmen aufgrund der Kipppunkte des Klimas. Aufgrund des Ausbleibens von Emissionsminderungen nähern wir uns Kipppunkten des Klimasystems, deren Erreichen in wenigen Jahren den Schutz der Lebensrechte zukünftiger Generationen ausschließen und die Lebensgrundlagen aller Menschen auf dem Planeten unumkehrbar zerstören.

Daher ist umgehend mit der Umsetzung aller o.g. Punkte zu beginnen. Und zwar ab Bekanntwerden, d.h. dem 25.10.2021.

Wir fordern die vorbehaltlose Unterstützung und Förderung von Gezeitenenergie in Schleswig-Holstein als Küstenland auf Grundlage der Untersuchungen der FH Kiel. Die Lobbytätigkeiten der in Grundlastversorgung konkurrierenden Gasindustrie über teilprivatisierte Cluster, Verbände, Veranstaltungen sowie bei WTSH und

Wirtschaftsministerium sehen wir kritisch. Wir fordern zudem den Schutz unserer Geschäftsinteressen und unseres Know Hows ein.

Ebenso fordern wir den Schutz der Beschäftigten in Forschung und Wissenschaft vor Einflussnahme der Wirtschaft ein. Wir verlangen die demokratische legitimierte Integrität von Bildung- und Wissenschaft ebenso zu schützen, wie den Auswahlprozess der Fördermittelzuteilung.

Wir erwarten eine umgehende Korrektur und ein zurückdrängen wirtschaftlicher Einflüsse auf den Staatshandeln. Wir rufen nachdrücklich dazu auf, verdeckte oder Unterwanderung, als Einflussnahme im Sinne von Wirtschaftskriminalität, Umweltvergehen beim fortgesetzten, jedoch vermeidbaren, CO2 und THG Ausstoß und Bildung krimineller Vereinigungen kritisch zu hinterfragen und die ggf. strafrechtliche Relevanz von Handlungen zum Unterlaufen der Staatsmacht beim Klimaschutz als nicht vereinbar mit dem erklärten Willen und Legitimation durch die Bürger entsprechend der Verfassung zu betrachten.

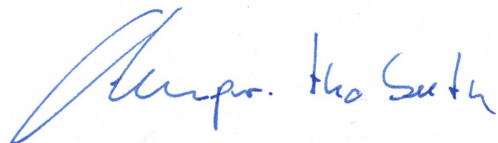
Wir verlangen diese Einflußnahme fern jeder Legitimation im Lichte des BVG Urteil zu Generationengerechtigkeit im Klimaschutz umgehend abzustellen, zu verfolgen und zu ahnden, wo angemessen. Wir fordern mißbräuchliche EU Mittelverwendung entgegen den erklärten Klimaschutzzielen sofort und wirksam nachhaltig abzustellen und Verwaltungsstrukturen der Förderung, sowohl in der Wirtschaft als auch in der Wissenschaft neutral, frei und unabhängig zur tatsächlichen wirksamen Erreichung der Klimaschutzziele von 1,5° neu aufzustellen..

Verzögerungen oder Unterwanderung können nicht länger hingenommen werden, ohne die Lebensgrundlagen aller Menschen massiv bei Erreichung von Kipppunkten im Klimasystem zu gefährden. Wir weisen nachdrücklich auf die notwendige ausschließliche Orientierung am Stand der Klimawissenschaft im IPCC und die Umsetzung in EU Recht, Klimaschutzabkommen von Paris und BVG Urteil hin.

Mit freundlichen Grüßen



Volker Osterlitz
(Geschäftsführender Gesellschafter)



Christian Kemper - tho Seeth
(Geschäftsführender Gesellschafter)

SENDEBERICHT



FAX-ID: 8896429
Empfänger: +494319884812
Sendezeitpunkt: 23:49 25.10.2021
Gesendete Seiten: 5
Übertragung: OK

Auszug der ersten FAX-Seite:



Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit,
Technologie und Tourismus
des Landes Schleswig-Holstein
Referat VII 21 - EFRE-Verwaltungsbehörde
Düsternbrooker Weg 94
24105 Kiel

Per Kurierpost

Ebenso an
efre.schleswig-holstein@wimi.landsh.de
sebastian.wilckens@wimi.landsh.de
ala2@wimi.landsh.de
anja-verena.schmid@wimi.landsh.de
poststelle@wimi.landsh.de
Fax: 0431 988-4812

CyKlone Tidal Energy
UG (haftungsbeschränkt)
Am Altendeich 83
25348 Blomesche Wildnis

Email info@cyklone.earth
Web www.cyklone.earth

Blomesche Wildnis, den 23.10.2021

Stellungnahme zum OP EFRE 2021 - 2027

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihren Aufruf zur Bürgerbeteiligung.
Die Firma CyKlone Tidal Energy UG als in Schleswig-Holstein ansässiges KMU
möchte zu Ihrem Entwurf wie folgt Stellung nehmen.

Doping von ausgewählten Sportlern

Die internationale Energieagentur empfiehlt den sofortigen Stopp von Investitionen in fossile Infrastruktur. Für den COP26 steht die fossile Nonproliferation als mögliche internationale Vereinbarung auf der Agenda.

Wir gehen davon aus, dass die internationale Staatengemeinschaft nimmt wegen der zunehmend kritischen Lage des IPCC Ihre Klimaschutzziele ernst. Es wäre daher im Sinne des Narrativs des Landes Schleswig-Holstein schädlich für den Ruf, entgegen internationaler Positionierung Öl- und Gasprojekte weiter zu fördern.